

# Rathauschau

Mittwoch, 18. Januar 2012

Ausgabe 012 muenchen.de/ru

## Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise Bürgerangelegenheiten Meldungen		2
		2 3
>	Experte erläutert Anforderungen der Energiesparverordnung	4
>	Simbabwischer Heimatabend in der Villa Waldberta	4
>	Familienrallye "Knochen, Könige und Künstler" im Stadtmuseum	5
>	Vortrag über kubanische Musik in der Sammlung Musik	5
Α	ntworten auf Stadtratsanfragen	7
>	Neue Gefahren für die Zukunft der Klinikum München GmbH?	7
>	Zuschusskürzungen für Maßnahmen der Schülermitverwaltung	
	und der Schülerbildung rückgängig machen	10
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat		

## **Terminhinweise**

Wiederholung

Donnerstag, 19. Januar, 11 Uhr, Allerheiligen-Hofkirche in der Residenz

Oberbürgermeister Christian Ude spricht zur Verleihung des ADAC-Preises "Gelber Engel 2012".

#### Donnerstag, 19. Januar, 11 Uhr, Grütznerstube im Rathaus

Bürgermeister Hep Monatzeder, Aufsichtsratsvorsitzender der Städtisches Klinikum München GmbH (StKM), und Dr. Elizabeth Harrison, Vorsitzende Geschäftsführerin der StKM, stellen bei einer Pressekonferenz die Ergebnisse der Aufsichtsratssitzung vom 18. Januar vor. Dabei werden u. a. auch die wirtschaftlichen Perspektiven des Unternehmens aufgezeigt.

#### Wiederholung

#### Donnerstag, 19. Januar, 19 Uhr, Literaturhaus, Salvatorplatz 1

Oberbürgermeister Christian Ude übergibt die mit jeweils 5.000 Euro dotierten Ernst-Hoferichter-Preise an den Autor und Kabarettisten Jörg Maurer und den Schriftsteller Hans Pleschinski. Die Laudationes halten der Schauspieler Jürgen Tonkel und der Literaturkritiker Tilman Krause. Musik: Peter Pichler, Jan Kahlert, Tschinge Krenn.

## Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 25. Januar, 19 Uhr, Cafeteria des ASZ Schwabing-West, Eingang Hiltenspergerstraße 76 (barrierefrei)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 4 (Schwabing-West) mit dem Vorsitzenden Dr. Walter Klein.

Mittwoch, 25. Januar, 19.30 Uhr, Cafeteria des ASZ Schwabing-West, Eingang Hiltenspergerstraße 76 (barrierefrei)

Sitzung des Bezirksausschusses 4 (Schwabing-West).



# Mittwoch, 25. Januar, 17.30 bis 19 Uhr, BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

## Meldungen

#### Medaille "München leuchtet" für Dr. Elisabeth Schneider-Böklen

(18.1.2012) Mit der Medaille "München leuchtet – Den Freunden Münchens" in Silber wurde jetzt Dr. Elisabeth Schneider-Böklen geehrt. Damit würdigt die Landeshauptstadt das langjährige bürgerschaftliche Engagement der Pfarrerin im Ehrenamt und insbesondere deren Verdienste um die Blinden- und Sehbehindertenseelsorge in München. Bürgermeisterin Christine Strobl überreichte Dr. Schneider-Böklen die Medaille in der Grütznerstube im Rathaus.

"Ich freue mich sehr, dass ich Ihnen die Medaille 'München leuchtet' übergeben darf und möchte mich im Namen der Stadt ganz herzlich bei Ihnen bedanken", so die Bürgermeisterin. Dr. Schneider-Böklen habe sich in der Blinden- und Sehbehindertenseelsorge nicht nur in großem Umfang, sondern auch über einen außergewöhnlich langen Zeitraum hinweg engagiert, betonte Strobl in ihrer Laudatio. 20 Jahre lang habe die Theologin viel mit und für Menschen mit Behinderung gearbeitet, habe Beistand geleistet, sei ihnen mit Rat und Tat zur Seite gestanden und habe nebenbei noch zwei Kinder großgezogen. "Frauen wie Sie wirken als Vorbild", konstatierte Strobl. "Das, was Ehrenamtliche für unsere Stadtgesellschaft leisten, ist nicht zu finanzieren. Wir sind auf Menschen wie Sie sehr angewiesen." Dr. Schneider-Böklen begann im Januar 1991 als Pfarrerin im Ehrenamt ihren Dienst als Dekanatsbeauftragte und Regionalleiterin für Blinden- und Sehbehindertenseelsorge in der Landeshauptstadt und übte diese Tätigkeit bis Ende Dezember 2010 aus. Die 66-Jährige, die in Stuttgart aufwuchs und in Tübingen, Berlin und Heidelberg evangelische Theologie studierte, wurde 1971 in der Evangelischen Württembergischen Landeskirche zum geistlichen Amt ordiniert. Nach ihrem Vikariat kam sie 1973 durch Heirat nach München. Nach ihrem Umzug nach Bayern wirkte sie als Pfarrerin im Ehrenamt. Seit 2002 ist die Theologin im Rahmen der Diakonie in zwei Altenheimen als Seelsorgerin tätig. Zudem ist Dr. Schneider-Böklen derzeit Ökumenebeauftragte des Prodekanats München-Nord und Ehrenamtsbeauftragte im Dekanat München.

An der Ehrung nahmen auch die Stadtratsmitglieder Dr. Reinhard Bauer und Ingo Mittermaier (beide SPD) teil.

#### Experte erläutert Anforderungen der Energiesparverordnung

(18.1.2012) Die aktuelle Energieeinsparverordnung (EnEV 2009) und die damit verbundenen wichtigsten Anforderungen für Alt- und Neubauten erläutert Energieberater Werner Knöbl am Mittwoch, 25. Januar, bei einem Vortrag, der um 18 Uhr im Bauzentrum München beginnt. Der Eintritt ist frei.

Mit der am 1. Oktober 2009 in Kraft getretenen Energieeinsparverordnung sind die energetischen Anforderungen für Neubauten um 30 Prozent verschärft worden. Aber auch bei der Sanierung setzt die Verordnung neue Maßstäbe: So wurden beispielsweise einheitliche Bußgeldvorschriften eingeführt. In seinem Vortrag wird Werner Knöbl die neuen und erforderlichen energetischen Standards erklären. Dazu zählen: Der Energieausweis nach der Sanierung oder die Verpflichtung, ein Lüftungskonzept auszuarbeiten. Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Gehminuten; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: www.muenchen.de/bauzentrum, Telefon 54 63 66-0, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de/

#### Simbabwischer Heimatabend in der Villa Waldberta

(18.1.2012) Von Anfang Dezember 2011 bis Mitte März 2012 findet eine große Veranstaltungsreihe des Münchner Kulturreferats über zeitgenössische Kunst in Simbabwe statt, die überraschende Perspektiven und Einblicke gibt. Was es dort an vielfältigem, kreativen Potenzial gibt, ist nur einem kleinen Teil der Öffentlichkeit bewusst, und dem sollte mit dieser Reihe etwas entgegengesetzt werden.

In der Villa Waldberta, dem internationalen Künstlerhaus der Stadt München in Feldafing, sind deshalb momentan vier Künstler aus ganz unterschiedlichen Sparten eingeladen, die bei einem simbabwischen Heimatabend am Donnerstag, 19. Januar, ab 19 Uhr eine kleine Kostprobe ihres großen Könnens geben:

- Der Fotograf Calvin Dondo zeigt Teile seiner Fotoausstellung "New German Families", die u.a. letztes Jahr auf der Biennale in Venedig zu sehen war.
- Der Bildhauer Itai Nyama, dessen abstrakte, feingliedrige Steinskulpturen bis vor kurzem in der Glashalle des Gasteig präsentiert wurden, wird anhand einiger Beispiele vorführen, wie er arbeitet und welches

- besondere Verhältnis er zu Steinen hat. Zum Thema Steinbildhauerei in Simbabwe gibt Dr. Martin Rohmer eine kurze Einführung.
- Tonderai Munyevu und Denton Chikura, die beiden Theatermacher aus London, die eigentlich eingeladen wurden für ein Performance-Projekt der Münchner Theaterfrau Tomma Galonska, aber passenderweise simbabwische Wurzeln haben, wollen erste Ergebnisse einer neuen Art der Präsentation von aktuellen Nachrichten als Performance "News 13:13" vorführen.

Außerdem gibt es einen musikalischen Genuss der besonderen Art: Musiker aus Bayern und Simbabwe haben sich zu einem gemeinsamen Projekt zusammengetan – BavaroBeat meets Pamuzinda, also quasi "BavaroZinda". Afrikanische Instrumente lassen bayerische Volksmusik ganz neu erklingen und die bayerischen Musikanten ergänzen ganz wunderbar die afrikanischen Klänge. Der Eintritt ist frei.

Das Internationale Künstlerhaus Villa Waldberta in Feldafing, Höhenbergstraße 25, ist ab 19 Uhr geöffnet (zehn Minuten Fußweg von der S-Bahnstation Feldafing; Wegbeschreibung unter www.villa-waldberta.de)

#### Familienrallye "Knochen, Könige und Künstler" im Stadtmuseum

(18.1.2012) Die Ausstellung "Typisch München!" im Münchner Stadtmuseum zeigt die Stadtgeschichte Münchens vom Mittelalter bis heute. Dort gilt es besondere Objekte zu finden, Rätsel zu lösen und Fragen zu beantworten: Was sucht der Mönch im Wappen, und wie wird aus ihm ein Kindl? Womit deckte der König seine Tafel, und wo ist die schöne Münchnerin zu sehen? Unter dem Titel "Knochen, Könige und Künstler" findet für Familien mit Kindern ab neun Jahren am Samstag, 21. Januar, von 14 bis 16 Uhr im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, eine Familienrallye statt. Veranstalter ist das Stadtmuseum München in Kooperation mit dem Museums-Pädagogischen Zentrum (MPZ). Die Teilnahmegebühr beträgt pro Kind 2,50 Euro, Erwachsene zahlen den Museumseintritt; eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

#### Vortrag über kubanische Musik in der Sammlung Musik

(18.1.2012) Freunde der kubanischen Musik sind am Sonntag, 22. Januar, 11 Uhr, zum Vortrag "Ritmo Cubano – Kubanische Musik" in der Sammlung Musik im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, eingeladen. Mambo, Merenge, Cha Cha Cha und Salsa traten von Kuba aus ihren Siegeszug an. Die westliche Unterhaltungsmusik wurde wesentlich von der kubanischen Musik beeinflusst. Durch den Film "Buena Vista Social Club" von Wim Wenders erlebte der "Son" der 50er Jahre mit seinen Cuban All

Stars, den über 80-jährigen Musikern Ibrahim Ferrer und Ruben Gonzales, eine überraschende Renaissance. Die Gruppe Santana machte mit ihrem Hit "Oye Como Va" den kubanischen Komponisten und Bandleader Tito Puente weltberühmt. In dem Vortrag wird die kubanische Musik in Bild und Ton vorgestellt und ihre Einflüsse auf andere Bereiche wie Jazz, Klassik und Unterhaltungsmusik deutlich gemacht. Der Eintritt ist frei.

## Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 18. Januar 2012

Neue Gefahren für die Zukunft der Klinikum München GmbH? Anfrage Stadträte Michael Kuffer und Josef Schmid (CSU) vom 21.12.2011

#### Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

"Wie am 19.12.11 in der Presse berichtet wurde, werden zur Zeit auch alle Baupläne der StKM, die zur Umsetzung anstehen, vom Revisionsamt kritisch analysiert. Oberbürgermeister Ude spekuliert, ,ob da nicht viele Traumtänzereien dabei seien'. Vor allem in Harlaching, wo ein 266 Mio. Euro teurer Neubau anstehe, ,habe sich einiges angehäuft'. Weiter meint Ude, er könne sich vorstellen, dass einige Pläne der Prüfung nicht standhalten. Zu dem müsse man die Größe der vier Hauptstandtorte in Bogenhausen, Harlaching, Neuperlach und Schwabing hinterfragen. Aufgeben will der Oberbürgermeister keines der Krankenhäuser – aber vielleicht Teile der Immobilien vermieten, 'zum Beispiel an niedergelassene Ärzte'. Angesichts der Tatsache, dass der Münchner Stadtrat am 26.01.11 den Teilersatzneubau am Klinikum Harlaching beschlossen hat, der Bayerische Ministerrat am 19.07.11 das Klinikum Harlaching in das Jahreskrankenhausprogramm 2013 aufgenommen sowie 74,49 Mio. Euro bereitgestellt hat und die Arbeiten für den 1. Bauabschnitt ab 2012 geplant sind, fragen wir:"

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet. Die darin aufgeworfenen Fragen beantworte ich unter Berücksichtigung der Stellungnahmen des Direktoriums (Büro OB?) und der Städtisches Klinikum München GmbH wie folgt:

#### Frage 1:

Wie kommt der Oberbürgermeister zu der Bewertung, dass sich beim Teilersatzneubau Klinikum Harlaching "einiges aufgehäuft habe", obwohl erst im Januar der entsprechende Stadtratsbeschluss – auch mit seiner Stimme – gefasst wurde?

#### **Antwort:**

Bei der Größe der Projekte und in der angespannten wirtschaftlichen Situation müssen alle Projekte auf den Prüfstand. Deshalb hat der Herr Oberbürgermeister als Gesellschafter den Auftrag an das Revisionsamt erteilt. Die Ergebnisse werden dem RPA nach Prüfung durch das Revisionsamt unverzüglich zur Verfügung gestellt.

#### Frage 2:

Was bedeutet der Baustopp konkret für a) den Stadtratsbeschluss vom 26.01.11 und b) die Aufnahme in das Bayerische Jahreskrankenhausprogramm 2013?

#### **Antwort:**

Bis zum heutigen Tag ist kein Baustopp für das Klinikum Harlaching geplant. Im Gegenteil, es finden derzeit gerade die VOF Verfahren für die Vergabe der Leistungsphasen V - IX statt. Diese Leistungsphasen beinhalten die Durchführung der konkreten Ausführungsplanung für den ersten Bauabschnitt.

Die Aufnahme ins Bayerische Jahreskrankenhausprogramm 2013 wurde Mitte des Jahres vollzogen und hat weiterhin Bestand.

#### Frage 3:

Wird die zugesagte staatliche Förderung in Höhe von 74,45 Mio. Euro dadurch gefährdet?

#### **Antwort:**

Unter Berücksichtigung der Antwort unter Punkt 2, ist derzeit nicht von einer Gefährdung der zugesagten staatlichen Förderung auszugehen.

#### Frage 4:

Wie wurden bzw. werden die von der Stadt bereitgestellten Mittel für Investitionsförderung i.H.v. 127 Mio. Euro verwendet?

#### **Antwort:**

Die Mittel der Investitionsförderung der Landeshauptstadt München wurden und werden für die im Stadtratsbeschluss vom 16.12.2009 beschriebenen Maßnahmen verwendet.

#### Frage 5:

Was steckt hinter der Aussage des Oberbürgermeisters, dass die Größe der vier Hauptstandorte hinterfragt werden muss? Wird ein erheblicher Bettenabbau in Erwägung gezogen?

#### **Antwort:**

Siehe Antwort zu Frage 1.

# Zuschusskürzungen für Maßnahmen der Schülermitverwaltung und der Schülerbildung rückgängig machen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Jutta Koller, Sabine Krieger und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen) vom 9.11.2011

#### Antwort Referat für Bildung und Sport:

Sie haben gebeten darzustellen, inwieweit sich die Finanzierung von Maßnahmen für Schülerbüro, Schülermitverwaltung usw. verändert haben, wer betroffen ist und wieso diese Änderungen vorgenommen wurde.

Wir können Ihnen zu Ihren Fragen Folgendes mitteilen:

# 1. Veränderungen in der Finanzierung von Maßnahmen für Schülerbildung – Überarbeitung des Zuschussverfahrens

(z.B. Weiterbildungsmaßnahmen durch das Münchner Schülerbüro), Schülermitverwaltung, Mediatoren, Multiplikatoren, Tutoren, Zuschüsse für politische Bildungsfahrten:

Das Zuschussverfahren des Pädagogischen Instituts wurde überarbeitet und Standards für die Vergabe festgelegt. Bezuschusst werden im Fachbereich Politische Bildung nur noch Anträge zu Maßnahmen der Schülermitverwaltung, sofern es sich im jeweiligen Antrag nachvollziehbar um Ziele/ Inhalte politischer Bildung/bürgerschaftliches Engagement handelt. Die Fachbereichsleitung Politische Bildung ist angehalten, entsprechende Anfragen nach den genannten Kriterien streng zu prüfen (Ziele/Inhalte der Maßnahme, Seminarkonzept, Qualität der Referent(inn)en, etc.). Grundsätzlich gehören die Aufwendungen für die Schülermitverwaltung als Einrichtung zur Mitgestaltung des schulischen Lebens zum Sachaufwand im Sinne Art. 3 Abs. 2 Nr. 5 BaySchFG (Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz) und des § 2 Abs. 4 Satz 1 der Verordnung zur Ausführung des BaySchFG. Demgemäß trägt der Aufwandsträger die Kosten für den notwendigen Sachaufwand dieser Einrichtung im Rahmen der Haushaltsmittel für die Schule. Anträge der Schülermitverwaltung für eine Finanzierung entsprechender Veranstaltungen können deshalb, wenn sie nicht über das PI bezuschusst werden können, auch über die Schule gestellt werden. An die Fachabteilungen selbst wurden bis jetzt keine Anträge bzw. Wünsche nach finanzieller Unterstützung herangetragen.

Die Arbeit der StadtschülerInnenvertretung ist durch Beschluss gesondert finanziert.

#### 2. Von der Veränderung betroffene Bereiche

Geändert wurde das Zuschussverfahren des Pädagogischen Instituts (s.o.).

Insgesamt wurde der Ansatz für Schülerzuschüsse im Zuge des Verfahrens der Sonderkonsolidierung 2010 von 69.500 Euro um 28.000 Euro auf 41.500 Euro gekürzt. Betroffen waren durch diese Sonderkonsolisierung – neben allen anderen Bereichen des RBS, u.a. Kürzung der Schulbudgets – auch die oben genannten Maßnahmen für politische Bildung.

# 3. Auswirkung der Veränderungen auf die einzelnen Schularten und auf die Träger (staatliche/kommunale)

Die Veränderungen betreffen alle Schularten und somit kommunale und staatliche Bildungseinrichtungen.

Da die Mittel des Pädagogischen Instituts entsprechend der Aufgabenstellung in erster Linie für städtische Bildungseinrichtungen vorgesehen sind, werden Anträge staatlicher Schulen nur in besonders begründeten Einzelfällen bewilligt. Bei staatlichen Schulen könnten Anträge, die über Mittel, die im Schulbudget vorhanden sind (Sachaufwandsträgerschaft) hinausgehen, entsprechend über die Schule an die für die jeweilige Fachabteilung gestellt werden.

Zuschüsse für Schullandheimaufenthalte werden entgegen der früheren Praxis nur noch vom Pädagogischen Institut bezuschusst, wenn sie nachvollziehbar an Themen der politischen Bildung/des bürgerschaftlichen Engagements geknüpft sind.

#### 4. Mittel- und Hauptschulen

Diese Änderungen betreffen vor allem die Mittelschulen, da deren Schullandheimaufenthalte bisher auch ohne die bezeichnete Bindung (siehe Antwort zu Frage 3) bezuschusst wurden. Bei der für den Sachaufwand zuständigen Fachabteilung 4 liegt allerdings bis zum jetzigen Zeitpunkt kein Antrag auf eine – ersatzweise – Bezuschussung vor.

#### 5. Grund für die Änderung

Wie oben bereits ausgeführt ist die Sonderkonsolidierung 2010 und 2011 Grund für die Änderung in der Praxis der Bezuschussung.

# 6. und 7. Maßnahmen, durch welche der ursprüngliche Zustand wieder erreicht werden kann

Das Pädagogische Institut setzt die (Teil) Rückerstattung der Sonderkonsolidierung 2010 ein, um die entstandenen Härten abzumildern. Allerdings ist das Pädagogische Institut nicht vom 6. Haushaltssicherungskonzept ausgenommen, ebenso nicht die Schulbudgets, so dass weiterhin eine Überprüfung der Anträge nach den festgelegten Kriterien durchgeführt werden muss, um die geringer werdenden Mittel möglichst gezielt einzusetzen.

Die Kommunikation der veränderten Vergabekriterien hat dazu geführt, dass weniger Anträge an das Pädagogische Institut gestellt wurden, diese aber, bis auf wenige Einzelfälle, immer positiv beschieden werden konnten.

Bildung und Weiterbildung von Schülerinnen und Schülern ist auch aus Sicht des Referats für Bildung und Sport unterstützenswert, das Instrument der Schülermitverwaltung zu stärken.

Sollten Maßnahmen über das Pädagogische Institut nicht finanziert werden können, weil die Finanzmittel nicht ausreichen, kann, sofern es sich um Maßnahmen im Sinne des BaySchFG handelt, referatsintern nach einer Lösung gesucht werden. Zuständig sind die jeweiligen Fachabteilungen.

Das Referat für Bildung und Sport erörtert gerne die Thematik auch mit der StadtschülerInnenvertretung.

Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

## Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

### Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 18. Januar 2012

#### Städtische Verkehrspolitik in Laim und Pasing

Anfrage Stadtrat Josef Schmid (CSU)

#### Sanierung ernst nehmen - Verschleierung beenden! (II)

Dringlichkeitsantrag Stadtrat Michael Kuffer (CSU)

#### Berichte der Heimaufsicht weiter im Internet ermöglichen

Antrag Stadtrat Dr. Reinhold Babor (CSU)

# Diamaltgelände als Standort für Depot des Deutschen Museums prüfen

Antrag Stadtrat Dr. Florian Vogel (Bündnis 90/Die Grünen)

# Bürgerrechte schützen – Aufruf "Dresden nazifrei 2012" unterstützen!

Antrag Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke)

#### Der Gasteig tut's auch - Millionen sparen

Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)



#### MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

**ANFRAGE** 18.01.12

#### Städtische Verkehrspolitik in Laim und Pasing

Im Zusammenhang mit der Sanierungsmaßnahme der Tramstrecke von Laim nach Pasing (Tram 19) sowie dem Bau des neuen Busbahnhofs in Pasing erfolgten diverse Umbauten und Eingriffe in den Straßenverkehr, die nicht nur den Unmut der Bevölkerung auf sich ziehen, sondern auch in dieser Form ungewöhnlich harsche Kritik anderer Fachbehörden wie z.B. der Polizei.

Selbst aus dem rot-grünen Lager sind kritische Kommentare, z.B. "Umbau-Chaos" und "unüberlegt und ohne Abstimmung" zu hören.

#### Betroffen sind

- die Kaflerstraße. Dort wurde am neuen Busbahnhof eine Fußgängerfurt geplant, die bis heute nicht realisiert ist. Allerdings wurden für das Passagieraufkommen des Pasinger Bahnhofs viel zu kleine Wartehäuschen aufgestellt.
- Willibaldplatz: Aufgrund der zu engen Straßenführung wurden alle Parkplätze der südlichen Seite der Agnes-Bernauer-Straße durch ein Halteverbot abgeschafft. Die Polizei wird dazu wie folgt zitiert: "Wir gehen dagegen vor, weil ein Parkverbot im südlichen Bereich nicht in dem Maße erforderlich ist. Die Stadt verfahre zurzeit wie sie wolle. Wir lassen uns das als Polizei nicht mehr bieten!" Selbst ein Vertreter der Grünen nennt das Parkverbot einen "Schlag ins Kontor" der Einzelhändler. Diese haben inzwischen mit deutlichen Umsatzeinbußen zu kämpfen.
- Haltestelle Westbad: Dort hat die enge Straßenführung gerade erst zu einem Unfall geführt, als ein Bus das Wartehäuschen umgefahren hat.

#### Ich frage daher:

- 1. Warum wird die vom Bezirksausschuss geforderte und im Mail des Baureferats vom 18.05.2010 in den Plänen eingezeichnete Fußgängerfurt am Pasinger Bahnhof in der Kaflerstraße nicht gebaut?
- 2. Wie wurde die Größe der Wartehäuschen am neuen Pasinger Busbahnhof berechnet und wie kann es passieren, dass die Planungen viel zu kleine Wartehäuschen ergeben?

- 3. Warum wurde erst nach den Gleisbauarbeiten der MVG festgestellt, dass die Fahrbahn in der Agnes-Bernauer-Straße an mehreren Stellen zu schmal geworden ist? Die dem BA vorgelegten Pläne wurde von der CSU im Bezirksausschuss bereits gerügt und auf drohende Probleme hingewiesen.
- 4. Wie ist in diesem Zusammenhang die o.g. Aussage der Polizei zu werten? Hat sich das KVR vor Festlegung des Halteverbots am Willibaldplatz mit der Polizei abgestimmt?
- 5. Wer ist für die genannten Schildbürgerstreiche verantwortlich?
- 6. Was gedenken die Verantwortlichen jetzt zu tun, um die Situation vor Ort wieder zu bereinigen. Ist z.B. daran gedacht, auf der südlichen Seite der Agnes-Bernauer-Straße die Parkbucht und damit auch den Fußgängerweg soweit in Richtung Süden zu verlegen, dass für alle Verkehrswege sowie Parkplätze genügend Raum vorhanden ist oder die Tramhaltestelle Westbad so zu verlegen, dass der Gefahrenpunkt wieder entschärft werden kann?
- 7. Wer trägt die Kosten der Nachbesserungen?

gez. Josef Schmid, Stadtrat Fraktionsvorsitzender



#### MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn Oberbürgermeister Christian Ude Rathaus 80331 München

18.01.12

Dringlichkeitsantrag für den Gesundheitsausschuss am 19.01.2012

#### Sanierung ernst nehmen – Verschleierung beenden! (II)

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1. Der Gesundheitsausschuss wird in seiner Sitzung am 19.01.2012 mit dem Sanierungskonzept für das Städtische Klinikum München befasst.
- 2. Dabei wird dem Stadtrat der aktuelle Sachstand zu
- 2.1 den Inhalten und dem Umsetzungsstand des Sanierungskonzeptes,
- 2.2 den Ergebnissen des Private Investor Tests (unter Einschluss der Betriebe),
- 2.3 den Überlegungen über die künftige medizinische Architektur des Klinikums,
- 2.4 den Bauplanungen und -aktivitäten des Klinikums dargestellt.
- 3. Meine (geschäftsordnungsmäßig überfällige) Stadtratsanfrage vom 16.12.2011 wird in der Sitzung durch den Oberbürgermeister sowie den 3. Bürgermeister, den Stadtkämmerer, den Referenten und die Geschäftsführung mündlich beantwortet. Soweit Antworten aufgrund fehlender Erkenntnisse noch nicht gegeben werden können, sind die Hinderungsgründe mitzuteilen.
- 4. In der Sitzung werden korrespondierend mit den mündlichen Ausführungen entsprechend aussagekräftige, mindestens die in Ziff. 1 meiner Anfrage vom 16.12.2011 geforderten, Unterlagen vorgelegt.

#### Begründung:

Die Vollversammlung des Stadtrates soll am 25.01.2012 über die Erhöhung des Eigenkapitals um EUR 100 Mio. entscheiden.

Bis heute haben weder der Oberbürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin, noch der 3. Bürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzender irgendwelche Anstalten unternommen, um dem Stadtrat eine substantiierte Vorbereitung auf einen derart weitreichenden und für das Klinikum nachgerade existentiellen Beschluss zu ermöglichen. Bis heute hat der Stadtrat keine verwertbaren und belastbaren Informationen über die tatsächliche Lage des Klinikums (insbesondere darüber, ob die EUR 100 Mio. ausreichen werden), das Sanierungskonzept, die Ergebnisse des Private Investor Tests, die geplante medizinische Architektur für die Zukunft und die Bauplanungen und -aktivitäten.

Schließlich ist der Vollversammlung eine zielführende Befassung mit einem derart schwierigen und detailreichen Thema nicht ohne eine umfassende Vorberatung im zuständigen Fachausschuss zumutbar.

Michael Kuffer, Stadtrat



#### Dr. Reinhold Babor

#### MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

**ANTRAG** 18.01.12

#### Berichte der Heimaufsicht weiter im Internet ermöglichen

Der Oberbürgermeister setzt sich für die Schaffung der notwendigen rechtlichen Grundlagen ein, damit die Berichte der Heimaufsicht weiter im Internet veröffentlicht werden können.

#### Begründung:

Wie auch der Presse entnommen werden kann, hat der Bayer. Verwaltungsgerichtshof der Heimaufsicht untersagt, die Berichte, die seit Oktober 2011 veröffentlicht werden, im Internet der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Das ist ein herber Rückschlag. Das Gesetz für die Wohn- und Pflegequalität ermöglicht der Heimaufsicht hoheitlich tätig zu werden. Es kann sogar zu Schließungen von Heimen kommen, wenn gravierende Mängel nicht abgestellt werden. In Pflegeeinrichtungen sind die alten Menschen auf Hilfe angewiesen und können sich häufig nicht selbst vertreten. Daher ist die Bekanntgabe der Beurteilung der Pflegequalität in den Heimen durch die neutrale Behörde auch zum Schutz der zu Pflegenden dringend notwendig und zur Orientierung bei der Auswahl von Heimen, wenn die stationäre Pflege ansteht.

gez. Dr. Reinhold Babor Stadtrat



Herrn Oberbürgermeister Christian Ude Rathaus

München, den 18.01.2012

#### **Antrag**

#### Diamaltgelände als Standort für Depot des Deutschen Museums prüfen

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Planungsreferat prüft, ob sich das Diamalt-Gelände samt ungenutzter Gebäude als neuer Depot-Standort des Deutschen Museums eignet. Zu diesem Zweck setzt sich das Referat mit der Leitung des Deutschen Museums und dem Eigentümer des Geländes in Verbindung.

#### Begründung:

Seit 1984 ist das ca. 8,4 Hektar große Diamalt-Gelände in Allach-Untermenzing nicht mehr in Betrieb und fällt seither dem zunehmenden Verfall anheim.

Eine vom Bezirksausschuss vorgeschlagene Mischnutzung für Wohn- und Gewerbegebäude wurde von Seiten der Stadtverwaltung abgelehnt. Auch ursprüngliche Planungen der Stadt, hier ein reines Gewerbegebiet zu situieren, blieben erfolglos. So kam die geplante Ansiedlung eines Baumarktes im Jahr 2005 aufgrund eines fehlenden Bebauungsplanes nicht zustande. Weitergehende Nutzungsmöglichkeiten fanden sich nicht.

Nun plant das Deutsche Museum laut Presseberichten, den gewaltigen Bestand von 80.000 Exponaten in einem externen Depot mit Ausstellungsfläche in Maisach unterzubringen. Da es sich dabei noch um unverbindliche Planungen handelt, sollten baldmöglichst Gespräche mit der Museumsleitung aufgenommen werden - mit der Zielsetzung, das Diamalt-Gelände als Alternativstandort zu prüfen.

In den zwischen 1900 und 1919 errichteten Fabrikgebäuden an der Georg-Reismüller-Straße produzierte die Diamalt AG bis 1984 u.a. Malzprodukte, Seifen und Bouillonwürfel. Während des Ersten Weltkrieges waren die Werke mit der Sicherstellung von Nahrungsmitteln betraut. Das Fabrikgelände ist also ein Zeugnis von acht Jahrzehnten bewegter Industriegeschichte und damit eine ideale Kulisse für das Depot eines naturwissenschaftlich-technischen Museums. Eine Entscheidung für den Standort würde zudem das rar gesäte kulturelle Angebot in Allach-Untermenzing erweitern und zusammen mit dem nahe gelegenen künftigen Quartierszentrum Oertelplatz den gesamten Stadtteil aufwerten.

Fraktion Die Grünen – rosa liste Initiative: Dr. Florian Vogel Mitglied des Stadtrates



DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister Christian Ude

Rathaus Marienplatz 8 80331 München

München, den 18.01.2012

#### Dringlicher Antrag für die Vollversammlung am 25.01.2012 Bürgerrechte schützen – Aufruf "Dresden nazifrei 2012" unterstützen!

- Der Stadtrat der Landeshauptstadt München unterstützt den Aufruf des Bündnisses "Dresden nazifrei 2012"¹.
- 2. Oberbürgermeister Christian Ude wird gebeten, sich im Münchner Bündnis für Toleranz ebenfalls für eine Unterstützung des Dresdner Aufrufs einzusetzen.
- Der Stadtrat der Landeshauptstadt München begrüßt die Teilnahme Münchner Bürgerinnen und Bürger an den Aktionen gegen den Naziaufmarsch in Dresden.

#### Begründung:

Viele Jahre lang war der jährliche Naziaufmarsch in Dresden die größte geschichtsrevisionistische Veranstaltung in der Bundesrepublik und wurde zum europaweiten Anlaufpunkt für Rechtsradikale und Neonazis aller Schattierungen. Erst in den letzten zwei Jahren wurde diese Dynamik gebrochen; dank zehntausender Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten, die sich dem Aufmarsch in den Weg stellten. Der Erfolg in Dresden war ein ermutigendes Signal für den Widerstand gegen solche Aufmärsche auch an anderen Orten.

Im vergangenen Jahr mussten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der im Jahr 2010 auch vom Münchner Stadtrat unterstützen Aktionen gegen den geplanten Naziaufmarsch in Fürstenried erleben, wie ihre vollkommen friedliche Blockade der Aufmarschroute polizeiliche Ermittlungen und diverse Gerichtsverfahren auslöste. Dies betraf auch Münchner Stadträtinnen und Stadträte. Bei anderen Protesten gegen derartige Kundgebungen oder Aufmärsche wurde ebenfalls schon die Erfahrung gemacht, dass die Reaktion der staatlichen Behörden in keinem angemessenen Verhältnis zu dem Handeln der Gegendemonstranten stehen.

1Der Aufruf findet sich unter <a href="http://www.dresden-nazifrei.com/index.php?">http://www.dresden-nazifrei.com/index.php?</a>
view=article&catid=34%3Aaufruf&id=212%3Aaufruf-des-buendnisses-dresden-nazifrei2012&tmpl=component&print=1&layout=default&page=&option=com\_content&Itemid=54&lang=de

Weit extremer ist dieses Verhältnis aber in den vergangenen Jahren im Umfeld des größten bundesdeutschen Naziaufmarsches gewesen,. Auf die zweitel erfolgreiche Blockade dieses Aufmarsches durch ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis erfolgten polizeiliche Ermittlungen in bisher unvorstellbarem Ausmaß, einschließlich der Auswertung hunderttausender Handydaten sowie Hausdurchsuchungen quer durch das ganze Bundesgebiet bei unterstützenden Organisationen wie Personen. Nicht die Organisatoren des Naziaufmarsches, sondern die OrganisatorInnen des Widerstands gegen ihn wurden verfolgt. Gerade da es noch nicht geklärt ist, ob nicht auch in München die Handydaten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Gegenkundgebungen oder Blockaden ausgewertet wurden und werden, ist eine Unterstützung des Dresdner Aufrufs im eigenen Interesse.

Das Recht der Bürgerinnen und Bürgern, Naziaufmärschen auch in Form einer friedlichen Blockade entgegenzutreten, ist gerade in einer Zeit wichtig, in der sich auf vielen Ebene das Versagen von staatlichen Sicherheitsorgane bei der Blockade und Verfolgung von menschenfeindlichen Naziverbrechen offenbart hat. Dieses Recht kann aber nur behauptet werden, wenn die Dresdnerinnen und Dresdner sowie die OrganisatorInnen der dortigen Gegenaktionen nicht allein gelassen werden. Einzelne Kommunen, die von Nazis als Ziel ausgewählt wurden, um dort öffentlichen Raum zu besetzen und zu erobern, dürfen nicht allein gelassen werden. Dresden verdient die umfassende antifaschistische Solidarität der Zivilgesellschaft und damit aller Kommunen. München war und ist ebenfalls Ziel solcher Nazi-Umtriebe, erhält dagegen Unterstützung und gewährt diese im Bewusstsein einer ehemaligen Hauptstadt der Nazi-Bewegung, die mit diesem menschenfeindlichen Erbe konsequent gebrochen hat. Die Unterstützung des antifaschistischen Widerstands von Bürgerinnen und Bürgern ist der lebendige Ausdruck der Lehren, welche die demokratisch-humanistische Münchner Stadtgesellschaft gezogen hat.

Der Antrag ist dringlich, da er vor dem 18.02. behandelt werden muss.

Initiatorin:
Dagmar Henn
Stadträtin DIE LINKE.



Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

**Antrag** 18.01.2012

#### Der Gasteig tut's auch - Millionen sparen

Ich beantrage:

Die Stadt München stellt unverzüglich ihre Teilnahme an allen Planungen für einen neuen Konzertsaal sowie an der Suche nach einem geeigneten Standort ein. Die Anstrengungen zugunsten eines optimalen Konzertsaals werden auf die Philharmonie am Gasteig fokussiert.

#### Begründung:

Spätestens seit der kürzlichen Zusage des bayerischen Ministerpräsidenten, der Freistaat Bayern werde sich maßgeblich an der Finanzierung eines in München zu errichtenden neuen Konzerthauses beteiligen, nimmt die Diskussion über die bestehende Philharmonie am Gasteig und ihre Möglichkeiten bisweilen absurde Züge an. Die Akustik des Hauses, die seit Inbetriebnahme der Philharmonie im Jahre 1985 den Ansprüchen zahlreicher internationaler Spitzenorchester und -dirigenten genügte, soll nun offenbar vollends schlechtgeredet, München selbst, sollte ein neuer – natürlich optimaler – Konzertsaal weiter auf sich warten lassen, geradezu in die Nähe der kulturellen Provinz gerückt werden.

Eine solche Argumentation ist absurd. Vor allem läßt sie jedes Augenmaß vermissen, was die in Rede stehenden Kosten angeht. Dem rational denkenden Bürger erschließt sich nicht, warum ein Gemeinwesen, das tief in der Schulden- und Währungskrise steckt, partout auch noch geschätzte 80 bis 150 Millionen Euro (nach anderen Schätzungen bis zu 200 Mio. Euro) für einen neuen Konzertsaal verschleudern sollte.

Weitere gewichtige Zahlen und Fakten stehen im Raum:

■ Prestigeobjekte in der angepeilten Größenordnung werden erfahrungsgemäß nicht ohne Kostenexplosion verwirklicht – bei der Hamburger Elbphilharmonie wurden aus ursprünglich veranschlagten 77 Mio. Euro über 350 Millionen.

b.w.

- Mit allein 60 Millionen Euro steht die Stadt bis zum Jahr 2030 mit Leasingraten für den Gasteig in der Pflicht, danach fällt eine Restwertablösung in Höhe von rund 15 Mio. Euro an.
- Allein die Kosten für eine Optimierung des Gasteigs unter dem Aspekt der Akustik und der Bespielbarkeit durch zwei anstatt wie bisher ein Spitzenorchester werden auf rund 60 bis 70 Mio. Euro geschätzt.

Nicht zuletzt mit Blick auf die zahlreichen vorhandenen Spielstätten in München wirkt die um Kosten und Erfordernisse völlig unbekümmerte Diskussion über ein neues Konzerthaus in der bayerischen Landeshauptstadt realitäts- und bürgerfern. Sie läßt zudem ein fragwürdiges Verhältnis im Umgang mit anvertrauten Steuergeldern erkennen.

Die LHM wäre deshalb gut beraten, gerade jetzt, nach der freihändigen Zusage des bayerischen Ministerpräsidenten, ihre Anstrengungen um den Erhalt einer erstklassigen Konzert-Spielstätte auf die vorhandenen Kapazitäten im Gasteig zu konzentrieren. Deren Sanierung ist teuer genug.

Auch dem Freistaat sollte trotz vergleichsweise niedriger Verschuldung Gelegenheit gegeben werden, finanzielle Ressourcen besser zur Schuldentilgung oder als Rücklage für künftige Krisenjahre als für ein auftrumpfendes Prestigeobjekt zu verwenden, das niemand braucht. Die Stadt München sollte deshalb die Gelegenheit nutzen und den Absprung von den Planungs- und Vorarbeiten für einen weiteren Konzertsaal lieber heute als morgen wagen.

Karl Richter Stadtrat

12x DIR